



KOMMENTARE

## Unsicher

Benjamin Auber über Abschiebungen nach Afghanistan

Unvereinbare Ziele sind es, die die Politik mitunter in schwierige Fahrwasser bringt. Das berechtigte Interesse afghanische Straftäter so schnell wie möglich aus dem Land zu schmeißen, steht geltenden Menschenrechten diametral gegenüber. Wenn man dadurch die Kontrolle über diese Menschen verliert, beißt sich die getriebene „Ampel-Katze“ selbst in den Schwanz. Und nicht nur die Ampel, sondern auch die Union. Was in Afghanistan tatsächlich passiert, ist den Regierenden aus Angst vor den Rechtsextremen völlig egal. Allerschlimmste Haftbedingungen oder aber den Freifahrtschein in die Freiheit ermöglichen? Beides katastrophal. Denn wer kann garantieren, dass sich ein verurteilter Mörder unter falscher Identität nicht wieder auf den Weg nach Deutschland macht? Sicherer erscheint das auf keinen Fall.

Nicht mit den Taliban zu verhandeln, sondern den Deal über Katar laufen zu lassen, ist zudem ein kapitaler Fehler. Man sollte alles versuchen, Abkommen zu schließen, dass man Abgeschobene nicht aus den Augen verliert – auch wenn es fast unmöglich erscheint. Das gilt auch für andere unsichere Herkunftsländer, sofern es so sein soll. Außerdem mangelt es wie schon häufig kolossal an der Kommunikation. Einen einzigen Abschiebeflug kurz vor den Ostwahlen zu organisieren und keinen ehrlichen Plan für die Zukunft zu formulieren, ist nicht nur durchsichtig, sondern auch feige.

## Gefährlich

Michael Abschlag zu Israels drohender Isolation

Ein oft wenig beachteter Nebeneffekt des Gazakriegs ist der Schaden, den er für die israelisch-arabischen Beziehungen bedeutet. Er ist mehr als nur ein Kollateralschaden, und Israels Regierung selbst trägt dafür eine Mitverantwortung.

Die Annäherung zwischen Israel und den arabischen Staaten war einer der großen diplomatischen Erfolge der letzten Jahre. Das Verhältnis zu Ägypten und Jordanien hat sich deutlich verbessert, zuletzt auch das zu den Emiraten und Bahrain, ja sogar zur Regionalmacht Saudi-Arabien gab es eine Annäherung. All das liegt jetzt in Trümmern. Es spricht vieles dafür, dass genau das der Plan der Hamas (ganz im Sinne des Iran) war: Israel durch exzessive Gewalt zu einer Überreaktion zu verleiten und so international zu isolieren. Und dieser Plan ist aufgegangen.

Israels unverhältnismäßiges Vorgehen macht eine Annäherung derzeit unmöglich. Zwar mag es manchen in Kairo, Riad und Amman geben, der dem Land im Kampf gegen die Hamas heimlich die Daumen drückt. Doch auch die arabischen Autokratien können die Stimmung in ihren Bevölkerungen nicht völlig ignorieren – und diese Stimmung ist momentan entschieden anti-israelisch. Benjamin Netanjahu droht, Israel in eine gefährliche Isolation zu treiben.



Karikatur: Heiko Sakurai

## Auf freiem Fuß

Medienberichten zufolge wurden einige der 28 abgeschobenen Afghanen bereits wieder entlassen

Von Michael Abschlag

**Berlin/Heidelberg.** Es ist Freitagmorgen, der 30. August 2024, gegen sieben Uhr morgens, als die Maschine vom Flughafen Leipzig abhebt. An Bord 28 Männer: Afghanen, die in ihre Heimat abgeschoben werden. Ziel des Flugs ist Kabul.

Es ist das erste Mal seit drei Jahren, dass ein solcher Abschiebeflug stattfindet. Im August 2021, schon kurz vor der Machtübernahme der Taliban, hatte Deutschland alle Rückführungen in das Land ausgesetzt: „Ein Rechtsstaat trägt auch Verantwortung dafür, dass Abschiebungen nicht zur Gefahr für die Beteiligten werden“, erklärte der damalige Innenminister Horst Seehofer (CSU).

Doch nun, nach den Blutaten von Mannheim und Solingen und kurz vor den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen, will die Bundesregierung Härte zeigen, ist plötzlich möglich, was lange undenkbar schien. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) zeigt sich zufrieden, stellt weitere Abschiebungen über Usbekistan in Aussicht. In der Debatte geht eine Frage zunächst unter: Was wird eigentlich aus den Leuten, die zurückgefliegen werden?

Die Frage ist durchaus heikel, denn bei den Abschobenen handelt es sich durchweg um Menschen, die wegen schwerer Verbrechen verurteilt wurden, darunter Mörder und Sexualstraftäter; einer von ihnen ist der Täter von Illerkirchberg, der stundenlang eine 14-Jährige vergewaltigte. Auch Gefährder sind darunter, Menschen also, denen die Behörden schwere Straftaten bis hin zum Terroranschlag zutrauen. Einige von ihnen haben ihre Strafe ganz, andere nur zum Teil abgesessen. Als abschiebendes Land ist die Bundesrepublik verpflichtet, auf die Wahrung der Menschenrechte zu achten, darauf, dass die Rückkehrer in Afghanistan nicht ermordet oder gefoltert werden.

Die Taliban selbst scheinen keine Strategie für den Umgang mit den Abschobenen zu haben, zunächst kommen sie in einem Gebäude nahe des Flughafens unter. Die „Bild-Zeitung“ berichtet am 4. September, die Abschobenen säßen im „Horror-Knast“ („Kaum Wasser, im Winter erfrieren Häftlinge“). Die afghanischen Behörden bestätigen das nicht: Die Inhaftierten würden „unter Berücksichtigung der von ihnen begangenen Straftaten und ihrer Vorstrafen nach dem Gesetz untersucht und behandelt werden“, erklärt ein Vertreter der Taliban lediglich vage.

Inzwischen sind die ersten der 28 Männer offenbar wieder auf freiem Fuß. Das berichtet zumindest die ARD-Korrespondentin Katrin Eigendorf: „Einige der Männer wurden jetzt nach Auskunfft der Taliban auf freien Fuß gesetzt. Ihre Straftaten seien in Afghanistan nicht relevant, heißt es“, schreibt die Journalistin am 6. September auf X. Ähnlich äußert sich die WDR-Journalistin Arezao Naiby: Die Taliban hätten gar nicht die Absicht, die Straftäter zu inhaftieren, schreibt sie auf X. Stattdessen würden die Personen „bald ihren Familienangehörigen oder Verwandten übergeben“. Naiby beruft sich dabei wiederum auf die britische BBC, die mit 9 der 28 Abschobenen ein Interview geführt hatte.

Das bestätigt auch Suhail Schahin, Leiter des Taliban-Politbüros in Katars Hauptstadt Doha: „Sie wurden freigelassen, nachdem ihre Familien schriftlich versichert hatten, dass sie keine Straftaten begehen würden“, sagte er der dpa.

Derzeit scheint unklar zu sein, wo sich die Abschobenen aufhalten. Zumindest theoretisch ist also durchaus denkbar, dass sie – womöglich mit falscher Identität – nach Deutschland zurückkehren. Fraglich ist auch, wie Deutschland bei einem Land wie Afghanistan überhaupt sicherstellen soll, was mit den Abschobenen passiert oder nicht passiert.

Menschenrechtsaktivisten sind besorgt, befürchten zudem, dass neben verurteilten Straftätern in Zukunft auch unbescholtene Afghanen ohne Aufenthaltsrecht abgeschoben werden. „Menschenrechte haben wir alle – und niemand darf in ein Land abgeschoben werden, wo Folter droht“, schreibt Julia Duchrow, Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland. „Niemand ist in Afghanistan sicher“, so Duchrow.

Interessant ist auch die Frage, weshalb die Taliban sich auf die Wiederaufnahme von Abschobenen einlassen. Die Bundesregierung betont, es habe keine direkten Gespräche mit den Taliban gegeben, stattdessen seien die Verhandlungen über Katar gelaufen. Allerdings gibt es in Deutschland bereits erste Forderungen nach direkten Gesprächen mit der Terrorgruppe. „Ich rate dazu, dass Deutschland direkte Verhandlungen mit den Machthabern in Afghanistan und Syrien über die Rücknahme ihrer Staatsbürger aufnimmt“, erklärte etwa CDU-Chef Friedrich Merz.

Den Taliban dürfte das gelegen kommen. „Es liegt im Interesse beider Völker, dass Deutschland und Afghanistan sich weiter engagieren und ihre historischen Beziehungen wieder aufnehmen“, sagte ein hochrangiger Funktionär der dpa.



Abschiebung in die Freiheit? Polizeibeamte begleiten afghanische Staatsbürger in ein Charterflugzeug. Foto: dpa

## „Für Straftäter gelten die gleichen Menschenrechte“

Migrationsforscher Feneberg kritisiert die Debatte über Abschiebungen – Verhandlungen mit den Taliban hält er für illusorisch

Von Benjamin Auber

**Heidelberg.** Dr. Valentin Feneberg (33, Foto: Tanck) forscht am Lehrstuhl für Public Policy und Recht am Institut für Politikwissenschaft der Leuphana Universität in Lüneburg. Sein Arbeitsschwerpunkt ist unter anderem die Asylforschung.



> **Herr Feneberg, wie menschenwürdig erachten Sie Abschiebungen nach Afghanistan unter der Taliban-Herrschaft?** Die Asylanträge von Schutzsuchenden aus Afghanistan in Deutschland sind derzeit zu knapp 100 Prozent erfolgreich. Es wird also für nahezu alle Menschen angenehm, dass es in Afghanistan zu unsicher ist, um dorthin abzuschicken, weil Verfolgung, Folter und lebensbedrohliche Armut drohen. Trotz ihrer Vergehen und ob es ihnen gefällt oder nicht, gelten für Straftäter oder Gefährder die gleichen Menschenrechte.

> **Wie kann überhaupt sichergestellt werden, dass Menschenrechte dort tatsächlich gewahrt bleiben?**

Gar nicht. Asylbehörden und auch Gerichte können nur prüfen, wie wahrscheinlich eine Verletzung der Menschenrechte nach der Rückkehr ist. Das ist auch der Grund, warum die Straftäter jeweils 1000 Euro bekommen haben, damit die Gerichte die Abschiebung nicht wegen einer Verleumdungsgefahr stoppen können. Die meisten Gerichte haben bisher allerdings angenommen, dass eine Starthilfe von 1000 Euro eine lebensbedrohliche Verleumdung nicht zuverlässig verhindert und Abschiebungen nach Afghanistan trotz dieser sogenannten Rückkehrförderung verboten.

> **Sollte die Bundesregierung mit den Taliban über Abschiebungen verhandeln?**

Die praktische Umsetzung von Abschiebungen ist extrem kompliziert. Es gibt keine belastbaren diplomatischen Beziehungen mit den Taliban, in deren Rahmen zugesichert werden könnte, dass Rückkehrer keine Menschenrechtsverletzungen drohen. Angesichts der huma-

nitären und politischen Lage halte ich solche Zusicherungen derzeit für illusorisch.

> **Ist es denn nicht möglich, Straftäter in ihre Heimatländer zurückzuführen?**

Die Frage zielt ja darauf ab, ob man für Straftäter bei Abschiebungen einen anderen Maßstab anlegen kann als für andere Menschen. Grundsätzlich kann man das nicht: Ob eine Abschiebung tatsächlich möglich ist, entscheidet sich an der Situation im Herkunftsland, nicht daran, wie sich jemand in Deutschland verhält. Das mag angesichts schwerer Straftaten schwer zu akzeptieren sein. Das zu sagen ist aber keine moralische Spezialmeinung, sondern schlicht eine juristische Feststellung.

> **War der Abschiebeflug nach Kabul im August also nur eine Einzelmaßnahme?**

Das kann ich nicht beurteilen. Klar ist, dass so ein Flug mit 28 Leuten aus verschiedenen Bundesländern nicht spontan stattfindet, sondern langen Vorlauf braucht. Natürlich will die Bundesregierung damit ein Exempel statuieren. Wenn aber die Abschiebung von Straftätern jetzt möglich ist, dann besteht die

Gefahr, dass bald weitere Menschen nach Afghanistan abgeschoben werden.

> **Glauben Sie, dass Straftäter nach Deutschland zurückkehren?**

Ich halte es für nicht besonders wahrscheinlich, dass Menschen eine womöglich wiedergewonnene Freiheit sofort für eine erneute Migration nutzen. Der Weg nach Europa ist sehr weit, beschwerlich und teuer. Außerdem gilt für Abschobene ein Einreiseverbot für eine gewisse Zeit.

> **Sind denn Abschiebeflüge dafür geeignet, Deutschland sicherer zu machen?**

Ein stabiler Rechtsstaat ist dafür geeignet, Deutschland sicherer zu machen. Das gilt sowohl für ein wirksames und schnelles Strafrecht als auch für die Achtung der Menschenrechte an der deutschen Grenze oder eben auch bei Rückführungen. Zwei Drittel aller Asylanträge, die inhaltlich geprüft werden, sind erfolgreich. Diese hohe Anerkennungsquote wird in der Debatte über Abschottung und Abschiebungen ein Stück weit verdeckt. Das ist Wasser auf die Mühlen derer, die Asylsuchenden pauschal ihre Berechtigung absprechen.

RNZ-RÜCKSPIEGEL

## 16. September 1924

Heute vor 100 Jahren kam Lauren Bacall zur Welt

„Hollywood war schrecklich glamourös, als ich dort war – jetzt ist es nicht mehr glamourös.“ Sie war nicht auf den Mund gefallen und hatte den ganz besonderen Blick. Als Betty Joan Perske in New York geboren, arbeitete sie zuerst als Fotomodell, hieß bald Lauren Bacall und wurde für den Film entdeckt. Gleich bei den ersten Dreharbeiten lernte sie Humphrey Bogart kennen und lieben: „Da kam Bogey in mein Zimmer, um mir gute Nacht zu sagen.“ Wenig später heiratete sie den 25 Jahre älteren Schauspieler. Nach dessen Tod 1957 zog sich die alleinerziehende Mutter zweier Kinder vorübergehend aus dem Filmgeschäft zurück. „In deinem Gesicht zeigt sich dein ganzes Leben.“ Sie kam wieder, erhielt den Ehren-Oscar und stand bis kurz vor ihrem Tod 2014 vor der Kamera: In Filmen wie „Mord im Orient-Express“ oder „Prêt-à-Porter.“ Noch einmal geheiratet hat sie nicht: „Die besten Männer sind schon verheiratet oder machen mit Zwölfjährigen herum.“ fsl

PRESSESPiegel

### Russlands Vernebelungstaktik

Die „Neue Zürcher Zeitung am Sonntag“ kommentiert die Drohungen Russlands gegen den Westen:

„Europas Atlantikküste ist Russlands neues Ziel, so hat man diese Woche in einer der Propaganda-Shows im russischen Fernsehen gesehen. Diese militärischen Fantasien sollen nicht nur das Gehirn des russischen Fernsehschauers vernebeln, sondern auch der Öffentlichkeit in Europa Angst machen.“

### Schnell die K-Frage klären

In der „Frankenpost“ (Hof) heißt es zur K-Frage bei der Union:

„Die beiden Unionsgründen, die ihre Parteien gerne als Hort der Seriosität als den Gegenentwurf zur Chaos-Ampel also darstellen, sollten die K-Frage schnell klären und die Zeit der Kasperien beenden. Die Bürger Deutschlands haben ein Recht zu wissen, wer ihr nächster Kanzler werden könnte. Und den Bürger Bayerns steht ein Ministerpräsident zu, der seine Kraft für das Wohl des Freistaats aufbringt.“

### Usbekistan kann helfen

Die „Stuttgarter Nachrichten“ meinen zum Migrationsabkommen mit Usbekistan:

„Man muss nicht Geografie studiert haben, um auf einer Karte zu erkennen, dass Usbekistan ein Nachbarland von Afghanistan ist. Damit kann Usbekistan zu den Ländern gehören, die Deutschland auch bei Abschiebungen von Schwerstkriminellen nach Afghanistan helfen könnten. Über solche Fragen zu sprechen, liegt nahe.“

### Klares Signal fehlt

Die „Rheinpfalz“ schreibt zum Personalmangel bei der Deutschen Bahn:

„Zentrales Problem neben dem schlechten Zustand und den mangels Ausbau fehlenden Kapazitäten im deutschen Schienennetz ist aktuell der Personalmangel insbesondere in den Stellwerken. Obwohl ein klares politisches Signal nötig wäre, dass ein zuverlässiger Bahnbetrieb oberste Priorität hat, wird die DB von der Politik nun stattdessen auch noch unter massiven Spardruck gesetzt.“

IMPRESSUM

## RHEIN-NECKAR-ZEITUNG



Gegründet 1945 als erste deutsche Zeitung in Württemberg-Baden

Herausgeber: Inge Hölzke, Joachim Knorr  
Chefredakteure: Inge Hölzke, Dr. Klaus Welzel

Chef vom Dienst: Joachim Knorr, Thomas Heilmann · Politik/Wirtschaft: Dr. Klaus Welzel, Stellv. Christian Altmeyer · Feuilleton: Dr. Volker Oesterreich · Sport: Claus Weber, Stellv. Nikolas Beck · Metropolregion/Bergstraße: Carsten Blau, Stellv. Alexander Albrecht, Stefan Hagen · Redaktion Heidelberg: Alexander R. Wenisch, Stellv. Holger Buchwald · Region Heidelberg: Christoph Moll, Stellv. Felix Hill · Magazin: Ute Teubner · Reise: Robin Hölzke · Service-/Kinderredaktion: Constanze Werry · Verlagsleiter: Joachim Knorr, Thomas Heilmann · Anzeigen: Andreas Miltner · Vertrieb: Michael Engelhardt, Stellv. Jochen Spilger

Alle 69117 Heidelberg, Neugasse 2, Telefon: 0 62 21 / 519-0  
Verlag: Rhein-Neckar-Zeitung GmbH  
Druck: Heidelberger Mediengestaltung-HVA GmbH, Heidelberg, Hans-Bunte-Straße 18  
Monatsbezugpreise einschl. 7 % MwSt.: Durch Träger 57,90 €, im Postbezug 61,20 €. Abbestellungen können nur in Textform ausgesprochen werden. Bei Störung durch höhere Gewalt, Streik, Aussperrung besteht kein Ersatzanspruch.  
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 76. Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr.

Erscheint mit folgenden Ausgaben:

Heidelberger Nachrichten, Region Heidelberg, Wieslocher Nachrichten/Waldorfer Rundschau, Eberbacher Nachrichten, Bergstraße/Mannheim - Weinheimer Rundschau, Sinsheimer Nachrichten - Bad Rappenauer Bote/Eppinger Nachrichten, Mosbacher Nachrichten, Nordbadische Nachrichten.